Schlagabtausch Eine gute Streitkultur und harte Debatten mit unterschiedlichen Standpunkten – davon lebt die Politik. Deshalb werfen sich im «Tagblatt» alle zwei Wochen zwei Stadtzürcher Politikerinnen und Politiker in einem Schlagabtausch den Ball zu. Heute fordert SVP-Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher GLP-Gemeinderätin und Co-Vizepräsidentin der Gemeinderatsfraktion Martina Novak heraus.

Bedürfnisse und Gräben

Im Schlagabtausch: SVP gegen GLP

Martin Hübscher
Jahrgang: 1969
Partei: SVP
Politische Mandate: Kantonsrat und Fraktionspräsident
Beruf: Landwirt

Martina Novak
Jahrgang: 1985
Partei: GLP
Politische Mandate: Gemeinderätin, Co-Vizepräsidentin Gemeinderatsfraktion
Beruf: Leiterin Politik Swisscleantech

Martin Hübscher: **Mir fällt auf, dass die GLP in der Stadt Zürich linker politisiert als im Kantonsrat. So will die GLP eine weitere Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubes, die GLP-Kantonsratsfraktion hat diese aber abgelehnt. Ist die GLP grün oder liberal und nicht nur in dieser Frage tief gespalten?**

Martina Novak: Unser Name ist Programm. Unterschiede zur Kantonsratsfraktion gibt es wie in jeder Partei. Fakt ist aber, dass die GLP mit Überzeugung hinter der Vaterzeit steht. Ganz im Gegensatz zur SVP, die auch die Ehe für alle ablehnt. Politisieren Sie an den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorbei?

Martin Hübscher: Nein, ganz im Gegenteil. Wir respektieren aber die Verfassung und die sieht in Artikel 119 Samenspende nur in Ausnahmefällen vor. Wir hätten daher eine Verfassungsänderung begrüsst und nicht eine Salamitaktik via Gesetz, welche die Verfassung ritzt. Störend ist die immer noch bestehende Heiratsstrafe. Sind Sie bereit, die Abschaffung zu unterstützen?

Martina Novak: Sie lenken ab. Offiziell lehnt die SVP die Ehe für alle ab, weil die Ehe Mann und Frau vorbehalten sei. Dies ist auch ein Nein zur Gewährung des gleichen Grundrechtsschutzes wie ihn die Ehe geniesst für andere gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaften. Die Heiratsstrafe gehört klar abgeschafft. Hinsichtlich Umsetzung sind wir uns aber uneins.

Martin Hübscher: Da liegen Sie falsch. Die SVP unterstützt es, wenn Personen bereit sind, Selbstverantwortung auch für eine Familie zu übernehmen. Mit einem Splitting des Einkommens kann auch endlich die überfällige Heiratsstrafe abgeschafft werden. Freut mich, wenn die GLP mit dabei ist.

Martina Novak: Beim Splitting spart ein Paar durch Heirat umso mehr Steuern, je ungleicher die Einkommen sind. Damit lohnt sich die Arbeit für Zweitverdienende noch weniger. Nur die Individualbesteuerung schafft positive Erwerbsanreize, realisiert die Gleichstellung von Frau und Mann und ist zivilstandsneutral.

Martin Hübscher: Das sehe ich anders: Bei der Individualbesteuerung favorisiert der Staat ein Familienmodell. Zudem ist es viel zu kompliziert und würde doppelt so viel Verwaltungsarbeit auslösen. Faktisch kommt das einer Gütertrennung gleich. Die SVP ist eher pragmatischer unterwegs. Apropos unterwegs: Mit den 30er Zonen behindern Sie den ÖV in der Stadt!

Martina Novak: Sie lassen ausser Acht, dass die Vorteile von Tempo 30 die Nachteile deutlich überwiegen: weniger Lärm- und Umweltbelastung, mehr Sicherheit für Verkehrsteilnehmende, neue Möglichkeiten der Strassenraumgestaltung und so weiter. Mögliche negative Auswirkungen auf den städtischen ÖV sind erkannt und werden abgefedert.

Martin Hübscher: Die Reisezeiten mit dem ÖV werden deutlich länger, und es braucht mehr Busse und Personal für die gleiche Taktfrequenz, das heisst: Der ÖV wird wesentlich teurer. Es gibt keine Kategorisierung der Strassen mehr und letztlich mehr Verkehr in den Quartieren. Fördern Sie damit den Stadt-/Land-Graben nicht noch mehr?

Martina Novak: Die Stadt entwickelt sich rasant, und es ist wichtig, eine gute Siedlungsentwicklung auch an verkehrsreichen Strassen zu ermöglichen. Mehr Sorgen macht mir der Stadt-/Land-Graben mit Blick auf die Abstimmung über das kantonale Energiegesetz. Die Unterstützung der SVP auf dem Land wäre sehr wichtig. Sind Sie dabei?

Martin Hübscher: Wir unterstützen das Referendum des Hauseigentümerverbandes HEV. Wir hätten ein massvolles Energiegesetz auf Basis der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich ohne den komplizierten und streitbaren Züri-Finish unterstützt. Wir glauben an die Innovation und nicht an die Bevormundung. Bei der Gesundheitspolitik sind wir hier ja auf gleicher Linie mit der GLP.

Martina Novak: Das Energiegesetz ist ein breit abgestützter Kompromiss und ein notwendiger Schritt, um unseren Kanton klimafit zu machen: Es wird Innovationen ankurbeln. Oberstes Ziel in der Gesundheitspolitik ist und bleibt die Stärkung der Qualität unserer Gesundheitsversorgung.

Martin Hübscher: Ja, das erreichen wir mit dem neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz. Da hat die GLP zusammen mit FDP und SVP einen pragmatischen Kurs unterstützt, ansonsten fehlt leider das liberale L häufig in der GLP.

In der Ausgabe vom 4. August gibt die GLP den Steilpass weiter an die FDP.